

Arbeiter-Zeitung

A

für Schlesien

Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 20, Kreuzthor Straße 50. Fern-
sprecher 400 89. Postfach: Breslau
Nr. 844. — Redaktion: Breslau 10, Kreuzthor Straße 50 (Wochen-
haus). Fernsprecher 439 02. Sprechst. der Redaktion: Montag bis
Freitag von 17—18 Uhr. — Geschäftsstand: Breslau. — Ver-
lag: Schlesische Verlags-Gesellschaft m. b. H., Breslau 10, Kreuzthor
Straße 50. Fernsprecher 400 89.

Da wirst belogen
von der bürgerlichen und
sozialdemokratischen Presse
Die nackte Wahrheit erkläre ich
in der „Arbeiter-Zeitung“

Militärischer Ausnahmezustand gegen die Arbeiterklasse

Todesstrafe und Zuchthaus für alle „politischen Vergehen“ / Sondergericht in Breslau / Forderung der Nazi erfüllt / Antifaschisten mobilisiert im Betrieb, auf der Stempelstelle und in den Wohngebieten

Breslau, 10. August. Heute wurde die neue Notverordnung der Papen-Regierung veröffentlicht. Diese stellt die Erfüllung der Forderungen der Nazi nach Einführung von „Standgerichten gegen die margitischen Hege“ dar. Sie sieht die Todesstrafe für alle jene vor, die „ohne Ueberlegung in der Leidenschaft des politischen Kampfes einen tätlichen Angriff auf ihre Gegner ausüben.“ Ferner die Zuchthausstrafe für Aufruhr, Landfriedensbruch, sowie einfache Körperverletzung.

Diese Notverordnung ist ein Schlag gegen die Arbeiterschaft! Sie ist ein weiterer Schritt zur Festigung der faschistischen Diktatur und blutigen Unterdrückung der Antifaschistischen Aktion und ihrer Führerin der Kommunistischen Partei! Wir rufen die Arbeitermassen zur Mobilmachung im Betrieb, Gewerkschaft, an der Stempelstelle und im Wohngebiet!

Die vom Reichspräsidenten Hindenburg erlassene Notverordnung hat folgenden Wortlaut:
Auf Grund des Artikels 48, Absatz 2, der Reichsverfassung, wird folgendes verordnet:

§ 1. Mit der Todesstrafe, die das geltende Recht bereits für den Mord und für das schwere Sprengstoffverbrechen (nach § 5 Absatz 3 des Sprengstoffgesetzes) androht, wird ferner bestraft:
1. Wer einen Totschlag (§ 212—215 des Strafgesetzbuches) begeht, als Angezeiger aus politischen Beweggründen oder an einem Polizeibeamten, einer zu dessen Unterstützung zugezogenen Person oder einem Angehörigen der Wehrmacht, die sich in der rechtmäßigen Ausübung ihres Amtes oder Dienstes befinden.
2. Wer ein Verbrechen der Brandstiftung der Zerstörung durch Sprengstoff oder Gefährdung eines Eisenbahntransportes begeht, sofern es nach dem § 307, 311, 315 Absatz 2 des Strafgesetzbuches mit lebenslänglichem Zuchthaus bedroht ist.

§ 2. Mit Zuchthaus nicht unter zehn Jahren wird bestraft:
1. Wer mit einer Schusswaffe eine Gewalttätigkeit gegen einen anderen begeht, wenn durch die Tat eine schwere Körperverletzung (§ 224 des Strafgesetzbuches) oder der Tod eines anderen oder eines dritten verursacht worden ist.
2. Wer einen Polizeibeamten, einer zu dessen Unterstützung zugezogenen Person oder einem Angehörigen der Wehrmacht, die sich mit der rechtmäßigen Ausübung ihres Amtes oder Dienstes befinden, tätlich angreift, wenn durch die Tat eine schwere Körperverletzung (§ 224 des Strafgesetzbuches) oder der Tod des Angegriffenen oder eines Dritten verursacht worden ist.
3. Wer bei einem Aufruhr Häufelführer ist oder Widerstand oder Beamteneinziehung begeht (§ 115 Absatz 2 des Strafgesetzbuches).
4. Wer bei einem Landfriedensbruch (§ 125 Strafgesetzbuch) Häufelführer ist oder Gewalttätigkeiten gegen Personen begeht.

§ 3. Mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren wird, soweit nicht die Tat nach anderen Vorschriften mit schwerer Strafe bedroht ist, bestraft:

1. Wer aus politischen Beweggründen eine gefährliche Körperverletzung (§ 223a des Strafgesetzbuches) oder eine schwere Körperverletzung (§ 224 des Strafgesetzbuches) begeht.
2. Wer mit einer Schusswaffe eine Gewalttätigkeit gegen einen anderen begeht.
3. Wer einen Polizeibeamten, zu dessen Unterstützung zugezogene Person oder einen Angehörigen der Wehrmacht, die sich in der rechtmäßigen Ausübung ihres Amtes oder Dienstes befinden, tätlich angreift, wenn durch die Tat eine Körperverletzung des Angegriffenen oder eines Dritten verursacht worden ist.
4. Wer abgesehen von den Fällen des § 2, 3 und 4 Aufruhr oder Landfriedensbruch begeht.
5. Wer aus politischen Beweggründen einen Hausfriedensbruch mit einem anderen oder als Teilnehmer einer öffentlichen Zusammenkunft begeht.

Burgfrieden bis 31. August verlängert!

Berlin, 10. August. (Eig. Drahtbericht.) Der Reichspräsident hat durch eine neue Notverordnung den angefügten Burgfrieden, das Verbot aller öffentlichen Versammlungen, zunächst bis zum 31. August, verlängert. Nur am 11. August sind öffentliche Versammlungen gestattet.

Die ersten Sondergerichte

Berlin, 10. August. (Eig. Drahtbericht.) Die Regierung teilt mit, daß die ersten Sondergerichte in Breslau, Berlin, Düsseldorf, Hamm, Kiel, Königsberg und Elbing eingesetzt werden.

Breslauer Möbelfabrik im Proteststreik

Breslau, 10. August. Anlässlich der Beisetzung des Genossen Gustav Busch, der von den Nazibanden erschossen wurde, trat am gestrigen Tag die gesamte Belegschaft der Firma M. Brettlner, Möbelfabrik, Breslau, Westendstraße Nr. 17, in einen halbtägigen Proteststreik.

Ein Arbeiter hielt an die Belegschaft eine kurze Ansprache und forderte sie auf, mit ganzer Kraft in roter Einheitsfront gegen den faschistischen Terror und die Hungermaßnahmen der Papen-Regierung für ein freies Sowjetdeutschland zu kämpfen.

Arbeiter und Arbeiterinnen, das ist Antifaschistische Aktion im Betrieb und die beste Antwort gegen den faschistischen Mordterror und den militärischen Ausnahmezustand der Papen-Regierung gegen die Antifaschistische Arbeiterklasse. Wie verlauret, haben am selben Tage in Breslau auch die Pflichtarbeiter gestreikt!

Auch die Bauarbeiter in der Größhöfener Siedlung legten die Arbeit von 11 bis 12 Uhr nieder, ebenso auch Bauarbeiter, die mit Sand fahren in der Tiergartenstraße beschäftigt waren.

Naziüberfall auf das Büro des GVD. Waldenburg

Waldenburg, 10. August. In aller Frühe, in der Zeit nach 2 Uhr übten die Nazi einen Ueberfall auf das Büro des „Einheitsverbandes der Bergarbeiter“ in Waldenburg aus. Die gesamten Schaufenster wurden zertrümmert. In den Räumen lagen eine Menge Pfastersteine.

Vor einigen Tagen wurden ähnliche Ueberfälle auf die „Schlesische Bergwacht“ und das Schocken-Kaufhaus durchgeführt. Der Ueberfall auf das Büro des GVD. zeigt, daß jene Ueberfälle erst die Anfänge sind. Eine planmäßige Terroraktion seitens der Nazi gegen die revolutionäre Arbeiterschaft soll einsetzen.

Kameraden im Waldenburger Revier, ihr müßt auf diese Ueberfälle der Nazibanden antworten! Die beste Antwort ist das Eineintragen der Antifaschistischen Aktion in alle Schächte und

Abteilungen! Nehmt dort Stellung gegen die Ueberfälle, beschließt Kampfmaßnahmen! Verteidigt das Eigentum eurer revolutionären Organisation!

Neuer faschistischer Arbeitermord

Berlin, 10. August. (Eig. Drahtbericht.) In Dortmund wurde gestern der Arbeiter Engelbert Neubner von Insassen eines unbesetzten Autos erschossen.

Berlin, 10. August. (Eig. Drahtbericht.) Die reformistische Gewerkschaftskommission der Gewerkschaft Belgiens hat gestern die Forderung der Bergarbeiter auf Proklamierung des Generalkreists in allen Industriezweigen, abgelehnt!

SPD. bereitet Tolerierung des Diktaturkabinetts vor!

Zentrum bereit zur Regierungsbeteiligung mit der Hitlerpartei
Breslau, den 10. August.

Seit Tagen versucht die Papen-Schleicher-Regierung eine gemeinsame Basis mit der Hitlerpartei und dem Zentrum zur Regierungsbildung zu finden. Das Bestreben der Papen-Regierung geht darauf hinaus, sich die Mitverantwortung sowohl der NSDAP, als auch des Zentrums zu verschern. Bei diesen Bestrebungen spielt die SPD. keine untergeordnete Rolle. Vor den Wahlen mimte diese schärfste Opposition gegen die Papen-Regierung der Barone. Nach den Wahlen hat sich das geändert. Dafür gibt es zahlreiche Beispiele. Nehmen wir die schlesische „Volks-“ bzw. „Bergwacht“ vom 8. August. Diese ist, um die „Autorität“ der Papen-Regierung derart besorgt, daß sie schreibt: „Die Reichsregierung muß endlich energisch eingreifen, wenn sie überhaupt noch etwas Autorität im deutschen Volk haben will.“

In der Nummer vom 9. August sehen die Führer der schlesischen SPD. des Reichsbauerns und der Gewerkschaften diese Linie in Form eines Diktaturkabinetts an den Reichspräsidenten und eines Begleitschreibens an den Innenminister von Gahl fort. In dem Telegramm heißt es: „Schlesiens staatsstrenge Bevölkerung bittet um Ihren Schutz!“ In derselben Nummer wird die für heute angelegte Notverordnung der Papen-Regierung, die Standgerichte und Todesstrafen nach dem Moskauer-Beispiel von 1919 — selbstverständlich nur gegen die Arbeiterschaft — verurteilt, mit der Schlagzeile begrüßt: „Papen will endlich eingreifen“.

Es ist klar, daß mit dieser — gegenüber der Oppositionsstellung vor den Wahlen — geänderten Stellungnahme der SPD. zur Papen-Regierung nur jener Zweck verfolgt wird, der ganz und gar der Rolle der SPD. als der sozialen Hauptstütze der Bourgeoisie entspricht. Allen Ernstes wird den sozialdemokratischen Arbeitern die Notwendigkeit der Tolerierung des Papenkabinetts durch die SPD. versucht, schmachthaft zu machen. Das Zentralorgan der SPD., der „Vorwärts“ vom 7. August, schreibt dazu:

„Die sozialdemokratischen Arbeiter sind politisch genug geschult, um den Gegenatz zu sehen, der zwischen der gegenwärtigen Regierung und der nationalsozialistischen Partei besteht.“

Papen ist also gegenüber Hitler das „kleinere Übel“. Mit dieser Theorie versucht die SPD., nach dem faschistischen Umsturz in Preußen, die Kampfkraft der Arbeiterklasse auch weiterhin zu schwächen, um sie nicht zur vollen Entfaltung kommen zu lassen. Das geschieht, um die Nazi-Zentrums-Koalition lieber heute als morgen verwirklicht zu sehen. Bekanntlich hat Severing schon vor den Wahlen die Worte vom „Herauflassen der Nazis an die Verantwortung“ geprägt. In dieser Linie verlangte die „Volks- und Bergwacht“ vom 5. August offen die Nazi-Zentrums-Koalition. Gegenüber der Forderung Nazi-Rosenbergs, daß die NSDAP. dreimal soviel Minister haben soll, als das Zentrum, erklärte diese entrüstet: „Es liegt auf der Hand, daß das Zentrum niemals bereit sein wird auf derartige unerschämte Bedingungen, wie sie Rosenberg aufstellt, einzugehen. Insofern bleibt das Koalitionsproblem zwischen Zentrum und Nazis, wie Rosenberg selbst feststellt, bis auf weiteres eine rein theoretische Angelegenheit. Wie früher, tut die Nazi-Partei zwar auch jetzt so, als ob sie allen Ernstes regieren wollte, aber in Wirklichkeit kreibt sie vielmehr danach, ihre Lügenagitation im bisherigen Ausmaße fortsetzen zu können. Sie will Einfluß, aber keine Verantwortung. Wer ernsthaft Verantwortung tragen will, und dabei auf Partner angewiesen ist, bewirft diese Partner nicht so mit Dreck, wie es die Nazipresse seit Tagen gegen das Zentrum tut.“

Die SPD. ist also gar nicht gegen die Einbeziehung der Nazis in die Regierung, sondern appelliert an die NSDAP., das Zentrum doch nicht so mit Dreck zu bewerfen, damit die Nazi-Zentrums-Koalition zustande kommt. Auch die Mannheimer SPD.-Zeitung, die „Volksstimme“, erklärt, daß gegenüber einer Hitler-Zentrums-Koalition „keine prinzipiellen Bedenken bestehen“. Die Bourgeoisie hat also von Seiten der SPD. die Zusicherung, daß diese auch weiterhin bereit ist, sich innerhalb der Arbeiterklasse für die Sicherung der kapitalistischen Diktatur im allgemeinen, und in der jetzigen Periode für die Festigung der faschistischen Diktatur im besonderen einzusetzen. Das ist der

höhere Sinn des Eintretens der SPD-Führer für die Nazi-Zentrumskoalition.

Das Zentrum selbst ist zur Regierung gemeinsam mit den Nazis... Das Zentrum selbst ist zur Regierung gemeinsam mit den Nazis...

In den Reihen der SPD gibt es zwei Richtungen über die Frage der Regierungsbeteiligung. Die eine vertritt Gregor Strasser...

„Wir fürchten, der Anspruch Hitlers auf das Reichskanzleramt, wenn er sich bewahrheitet, würde diese Belastung als zu groß erscheinen lassen; die Folge wäre eine alute Gefährdung der Nationalsozialistischen Partei.“

Aus diesen Zeilen spricht die Furcht der Schwerindustrie, daß große Massen der werkschlüssigen Arbeiter die Verlogenheit der Naziworte über „Brot, Arbeit und Freiheit“ durchschauen...

Von diesem Gedanken läßt sich auch das Zentrum bei seiner Bereitschaft zur Nazi-Koalition leiten. Vater Muderermann schreibt in der „Berliner Volksstimme“ vom 7. 8.:

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt deshalb und empfiehlt auch im Sinne des Zentrums: „Hitler ist als Führer der nationalsozialistischen Bewegung im nationalen Sinne viel wertvoller, als an der Spitze des Kabinetts.“

Die Arbeiterklasse ist sich darüber im Klaren, was sie von der kommenden Regierung zu erwarten hat. Prüfung und Paven haben das Wort gegeben. Ob eine Koalition in dieser oder jener Form zustande kommt, ob eine überparteiliche Präsidialregierung unter gänzlicher Ausschaltung des Reichstages und auferzögert mit einem Gemischtaunsausschuss geschaffen wird...

Die Parteiführer der Koalitionsobertrugungen zwischen Nazi und Zentrum durch die SPD, sehen, daß diese sich weiterhin ihre parteipolitischen Ziele verfolgen, die von der Forderung der faschistischen Diktatur über die Nationalen der SPD in dieser Situation wurden von Ernst Thälmann auf der letzten Sitzung der Spigenfunktionäre der SPD klar und lautstark ausgesprochen, indem er erklärte: „Die Kommunisten der Arbeiterklasse, insbesondere der Industriearbeiter, sind die treuesten und die in der Gewerkschaften organisierten Arbeiter, der Kampf um die eigene Klasse bleibt auch weiterhin unsere heiligste Hauptaufgabe.“

Die Parteiführer der Koalitionsobertrugungen zwischen Nazi und Zentrum durch die SPD, sehen, daß diese sich weiterhin ihre parteipolitischen Ziele verfolgen, die von der Forderung der faschistischen Diktatur über die Nationalen der SPD in dieser Situation wurden von Ernst Thälmann auf der letzten Sitzung der Spigenfunktionäre der SPD klar und lautstark ausgesprochen, indem er erklärte: „Die Kommunisten der Arbeiterklasse, insbesondere der Industriearbeiter, sind die treuesten und die in der Gewerkschaften organisierten Arbeiter, der Kampf um die eigene Klasse bleibt auch weiterhin unsere heiligste Hauptaufgabe.“

Das entscheidende Kettenglied

Ernst Thälmann auf der Konferenz der Spigenfunktionäre der SPD am 3. August 1932

Die Mobilisierung der Antifaschistischen Aktion in den Betrieben und an den Stempelstellen, in den Gewerkschaften, die Herausstellung der Führerrolle der Partei im außerparlamentarischen Massenkampf ist das entscheidende Kettenglied.

Kampfwache der Antifaschistischen Aktion für die Mobilisierung der Betriebe in der Zeit vom 14. bis 21. August

beschlossen. Die Konkretisierung der Forderungen: „Antifaschistische Aktion erobert die Betriebe“, „Gegen das faschistische Wirtschaftsprogramm“, das heißt: die jetzt ablaufenden Tarife, die neuen drohenden sozialreaktionären Unternehmerverträge als Anlaß zur Auslösung betrieblicher Kämpfe und größerer Streiks zu benutzen, den Verfaschismus und das braune Gift in den Betrieben zu verdrängen, den roten Massenelbischismus in den Betrieben zu organisieren, die roten Verbände zu stärken, neben der NSD. in den Gewerkschaften eine breite Massenbewegung

Gegen Papen, doch nicht für Weimar - sondern für den Sozialismus

Wie die SPD. den Uebergang des Kapitals von den „demokratischen“ zu den faschistischen Methoden unterstülzte

„In der Weimarer Verfassung sind eure Rechte verbrüst. — Darum schützt die Verfassung gegen den Angriff der Faschisten. — Jetzt erst recht: Feiert den 11. August, den Jahrestag der Verfassung“ — so und ähnlich versucht die SPD-Presse in diesen Tagen die Arbeiterklasse für die Teilnahme an den Verfassungsfestern zu gewinnen.

„Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“ — heißt es im Artikel 1 der Verfassung. Die Sozialdemokratie aber hat der Regierung Brünnig geholfen, den Reichstag auszuschalten, und Gesetze gegen die Werkstätten diktatorisch zu verordnen. „Die Freiheit der Person ist unverletzlich“, sagt der Artikel 114 der Weimarer Verfassung. Aber unter der Herrschaft des sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert, im Preußen Severings wurden tausende Arbeiter wegen ihrer kommunistischen Gesinnung in Schutzhaft genommen und vor Sondergerichten (Standgerichte, Volkogerichte) abgerichtet.

„Die Wohnung jedes Deutschen ist für ihn eine Freistätte und unverletzlich“ — heißt es im Artikel 115. Die Fälle aber, wo die Polizei der sozialdemokratischen Polizeiminister in die Wohnungen von politisch verdächtigen Arbeitern einbrang und Hausdurchsuchungen durchführte, sind unzählbar.

„Jeder Deutsche hat das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern“ — heißt es im Artikel 118. Gegen die kommunistische Presse aber wurden von sozialdemokratischen Ministern und Polizeipräsidenten Hunderte von Verboten erlassen und Hunderte von Redakteuren kommunistischer Zeitungen wurden zu vielen Jahren Gefängnis verurteilt.

„Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder besondere Erlaubnis friedlich und unbewaffnet zu versammeln“ — so steht es im Artikel 123 der Reichsverfassung. Sozialdemokratische Minister und Polizeipräsidenten aber haben viele hundert Versammlungen der kommunistischen Partei und anderen revolutionären Massenorganisationen verboten oder aufgelöst. Ein sozialdemokratischer

Vollzeitpräsident war es, der sogar die Kundgebungen am 1. 10. 1929 verboten hat.

So hat die Sozialdemokratie dem Faschismus es vorgemacht wie man die Verfassung außer Kraft setzen kann. In des Wort wahrster Bedeutung wurde die SPD. damit der Schrittmacher des Faschismus. Mit Verfassung und auf der Grundlage der kapitalistischen Weimarer Verfassung konnte der Hitler-Faschismus sich entwickeln.

Die Weimarer Verfassung ist faktisch das Sprungbrett des Nationalsozialismus zur Macht.

Immer deutlicher zeigt sich auch vor den Augen des politisch ungeschulten Arbeiters, daß das, was die SPD. Demokratie nennt, nichts als eine Fassade der Kapitaldiktatur war und ist und das in dem Maße, wie es die Bourgeoisie in ihrem Interesse für notwendig hält, die „demokratische“ Form der Herrschaft des Kapitals organisch in die offenen diktatorischen und faschistischen Formen übergeht.

Die „Mobilisierung zur Verteidigung der Verfassung“ ist ebenso wie „der Kampf um die zweite Republik“ nichts als ein neues Betrugsmanöver der sozialdemokratischen Führer. Die Weimarer Verfassung war noch nie ein Garant für die politische und sozialen Rechte der Arbeiter, ganz einfach deshalb nicht, weil sie die Verfassung des kapitalistischen Staates ist und einzig und allein dem Schutz und der Erhaltung der Kapitalherrschaft dienlich.

Darum war die Weimarer Verfassung nie die Verfassung des Proletariats und wird es nie werden. Die Verfassung, die wirklich die Rechte und die Macht der Arbeiterklasse vertritt, sie muß und wird anders aussehen. Sie wird getragen einzig und allein von der Macht der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten werktätigen Bauern. Die Verfassung des Arbeiter- und Bauernstaates, die Verfassung der Sowjets, wird nicht, wie die Weimarer Verfassung, nur ein Stück Papier, sondern der lebendige Inhalt der Freiheit der Arbeiterklasse, des Sozialismus sein.

Die Arbeiterklasse ist gegen die faschistische Diktatur des Kapitals, aber nicht für die „demokratische“ Form derselben Kapitalherrschaft, die Weimarer Verfassung; sie ist für die Herrschaft der Arbeiterklasse, für die Arbeiter- und Bauernregierung, für den Sozialismus!

Militärischer Ausnahmezustand

(Schluß) Jammentrottung (§ 123 Absatz 2, § 124 des Strafgesetzbuches) begehrt. Zur Strafverfolgung bedarf es keines Antrages. § 4. In den Fällen der §§ 1 bis 3 dürfen milde Umstände nicht zugebilligt werden. § 5. Für die Verbrechen der §§ 2 und 3 sind, soweit nicht die Unabhängigkeit eines Sondergerichts begründet ist, die Großen Strafkammern zuständig. § 6. Diese Verordnung tritt mit dem auf ihre Verkündung folgenden Tage in Kraft. Neudorf, 9. August 1932. von Hindenburg.

Seit Monaten haben die Naziführer „Sondergerichte und Standrecht“ gefordert; das haben sie mit dieser Notverordnung erreicht. Die Naziführer wissen, daß sich die furchtbar ausartenden Bestimmungen der Notverordnung nur gegen die Arbeiterbewegung auswirken werden. Die Naziführer, die dem arbeitenden Volk „Brot und Arbeitsmöglichkeit“ versprochen haben, verlangen jetzt nur noch Ministerfessel und im Interesse des Großkapitals noch eine schärfere Unterdrückung der Arbeiterbewegung. Das arbeitende Volk antwortet mit um so festerem Zusammenschluß in der Einheitsfront der Antifaschistischen Aktion.

Freche Verbotsnetze der „Schlesischen Zeitung“ gegen die KPD.

„Übungsgelände der KPD. für Bürgerkrieg“

Unter dieser Ueberschrift berichtet die „Schlesische Zeitung“: „Aus Kreisen des preussischen Innenministeriums verlautet, daß man im Bezirk Gleiwitz Bürgerkriegsvorbereitungen der Kommunisten auf die Spur gekommen ist. Es handelt sich vor allem um Versammlungsanlagen, die von der KPD. an mehreren Stellen errichtet wurden und über die bereits Photographien vorliegen.“

Von Seiten des Gleiwitzer Polizeipräsidenten mußte festgestellt werden, daß es sich hier um eine Anlage beim Ausheben eines Nützlichkeits handelt, die aufgeschüttet worden ist und eine andere, die als Vorbereitung für die Anlage einer Hünerfarm dient. Trotz aller Nebelworte greift die „Schlesische Zeitung“ den plumpen Schwanz von „Übungsgelände der KPD. für Bürgerkrieg“ erneut auf. Der Zweck ist klar ersichtlich.

Man will damit eine Pogromstimmung für das Verbot der kommunistischen Partei schaffen.

Wir rufen die Arbeitermassen auf, zur Verteidigung ihrer Freiheitspartei, der KPD.: Stärkt die Antifaschistische Aktion!

SA. und Stahlhelm als Hilfspolizei in Braunschweig

Berlin, 9. August. (Eig. Drahtbericht.) In Braunschweig wird die Alages-Regierung nach offiziellen Erklärungen eine Hilfspolizei aus zunächst 400 Mann SA. und Stahlhelmmitgliedern bilden.

Berlin, 9. August. (Eig. Drahtbericht.) Die Braunschweiger

Polizei muß jetzt selbst zugeben, daß es sich bei den Bombenattentätern in der Langestraße um zwei Nationalsozialisten handelt.

Die Kölner Polizei nahm gestern bei einer Reihe von nationalsozialistischen Waffenhändlern in Bergisch-Gladbach Hausdurchsuchungen vor. Es wurden über tausend Schusswaffen gefunden.

In Wahn wurden bei Nazis hunderte von Revolvern und geladene Handgranaten beschlagnahmt.

Strafverschärfung gegen Festungsgefangene

Berlin, 10. August. (Eig. Drahtbericht.) Die Reichsregierung hat die Verschärfung der Festungshaft angeordnet. Die bisherige Bewegungsfreiheit der Gefangenen wird beseitigt, die Festungsgefangenen werden in ihren Zellen eingesperrt.

Berlin, 10. August. (Eig. Drahtbericht.) Aus allen Teilen des Reiches kommen Meldungen über neue Zusammenziehungen der SA. und SS. Besonders in der Umgebung von Berlin. Die Berlin Regierungsgelände werden von Polizisten besetzt, die mit Karabinern ausgerüstet sind. Mit der Zusammenziehung der SA. und SS. soll ein Druck zur Durchsetzung der Forderungen Hitlers ausgeübt werden.

Nazi-Mörder eines Nazi!

Berlin, 9. August (Eig. Drahtber.). Die Strafkammer des Landgerichts 3 verurteilte den Nazi Jost zu 1 Jahr und 9 Monaten Gefängnis. Jost hatte eingestanden, den Nazi Stelter erschossen zu haben. Die Motive konnten noch nicht geklärt werden. Mit dem Fall Stelter hatte die Nazipresse monatelang eine wilde Hetze gegen die kommunistische Partei getrieben.

Stahl der Band ist da Hermann Demmele Die Sowjet-Union Ganzleinen Preis 285,- zu haben bei allen Läden der KPD

Arbeiter, höchste Alarmbereitschaft!

Zusammenziehung der SA. zum „Marsch auf Berlin“

Standgerichte der faschistischen Schleicher-Papen-Diktatur gegen die Arbeiter — Zentrum und SPD. begrüßt Standgerichte in Schlesien — Antifaschistische Aktion hinein in die Betriebe!

Aus Berlin und verschiedenen Teilen des Reiches wird gemeldet, daß die SA. feibarmarschmäßig ausgerüstet und zusammengezogen wird. Eine Reihe Berliner Stürme wird aus der Stadt herausgezogen und gesammelt und soll im konzentrischen Marsch auf Berlin vorgehen. Die SA. und SS. der Gebiete Ost und Nord sollen in der Gegend von Strausberg und die SA. und SS. vom Westen und Süden in der Gegend von Potsdam konzentriert werden.

Zurückbleibende Trupps sollen in den Arbeitervierteln provozieren und gegen Antifaschisten vorgehen, insbesondere gegen Gebäude der kommunistischen Partei und Presse, und sollen Attentate auf kommunistische Führer unternehmen. Eine Ergänzung dieser Berichte ist die Meldung der „Vossischen Zeitung“ (Abend-Ausgabe vom 9. August), daß bei den Polizeibehörden nicht nur in Ostpreußen, sondern auch in Pommern und Brandenburg Meldungen über auffällige Zusammenziehungen von SA.-Formationen eingetroffen sind.

Diese Zusammenziehung der SA. ist planmäßig organisiert. Wenn es auch zutrifft, daß in der NSDAP. und SA. Spannungen bestehen, so besteht doch kein Zweifel, daß die Konzentration und die Marschpläne der SA. in Berlin und im Reich mit Wissen und Willen Hitlers erfolgen, um den nationalsozialistischen Forderungen nach der Führung in der umzubildenden Reichsregierung Nachdruck zu verleihen und um die Arbeiterklasse und die Antifaschistische Aktion niederzuschlagen.

Die Schleicher und Papen verhandeln mit den Nazis über die Rotverordnungen. Wie die „M.Z.“ mitteilt, fand Ende der vorigen Woche in der Nähe von Dresden eine Besprechung zwischen Schleicher und Hitler statt. Hitler verlangte die Kanzlerschaft und die wichtigsten Ministerposten im Reich und in Preußen für die Nazis. Wie der „Berliner Total-Anzeiger“ berichtet, werden jetzt neue weitere Verhandlungen zunächst zwischen Papen und Hitler stattfinden; schließlich werde der Reichspräsident Hitler empfangen.

Inzwischen hat gestern die faschistische Schleicher-Papen-Diktatur zwei Rotverordnungen beschlossen, durch die Sondergerichte eingesetzt werden, die die Todesstrafe bei Beteiligung an bewaffneten Zusammenstößen fällen sollen. Diese Standgerichte entscheiden im Schnellverfahren, ohne Voruntersuchung; eine Berufung gibt es nicht. Die Gerichte werden „nach Bedarf“ in verschiedenen Gebieten des Reiches eingesetzt, zunächst sollen sie für Berlin-Brandenburg, Ostpreußen, Schlesien und Schleswig-Holstein in Tätigkeit treten.

Die Bourgeoisie und ihre Blätter versuchen dreist, den Eindruck zu erwecken, als werde sich die Einsetzung der Standgerichte „gegen die Terrorakte“, etwa gegen die Nazis, die Tag für Tag Bombenattentate auf Arbeiter und Arbeiterhäuser verüben, richten. Der Hugenbergsche „Total-Anzeiger“ bezeichnet, absichtlich verallgemeinernd, die Standgerichtsverordnungen als Maßnahmen, „um den gegenwärtigen Zuständen sofortiges Ende zu setzen“. Die „Welt-Annie“ ruft begeistert ein „Endlich“ und wird selbsterleucht von der bürgerlich-demokratischen „Berliner Volkszeitung“: „Endlich schärfste Maßnahmen.“ Der „Vorwärts“ schließlich wagt es, zu schreiben:

„Jetzt droht Herr Papen mit der brutalen Anwendung aller Machtmittel — wem?“

Wem? Diese Frage des „Vorwärts“ hat nur den Zweck, zu verschleiern, daß die Sondergerichte die Antifaschisten, das Proletariat treffen werden. Die SPD. setzt damit ihre Tolerierungs- und Kapitulationspolitik fort und unterstützt durch die schändlichste Illusionsmacherei den Faschismus.

Gewiß bestehen Differenzen zwischen Schleicher und Hitler. Die entscheidenden Teile der Bourgeoisie, deren Repräsentant Schleicher ist, wünschen eine faschistische „Präsidial-Regierung“ unter Einbeziehung und Einordnung der Hitlerbewegung; sie sehen darin die derzeit günstigsten Möglichkeiten für ein faschistisches Regime, bei der Abwälzung aller Lasten auf die Arbeiter und bei der Niederhaltung und imperialistischen Ablenkung der Massen. Andere Teile der Bourgeoisie wünschen die Führung der faschistischen Diktatur durch Hitler. Ein Konkurrenzkampf besteht zwischen allen bürgerlichen Parteien und Gruppen, zwischen dem Schleicher-Kreis, der Hitlerpartei, dem Zentrum, den Deutschnationalen und der Sozialdemokratie untereinander. Aber diese Differenzen sind völlig untergeordnet der Tatsache, daß alle bürgerlichen Gruppen die gemeinsame Grundlage des kapitalistischen Systems haben, daß sich alle einig sind in der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Klassenherrschaft. Und da die Bourgeoisie, um ihre Herrschaft zu erhalten, jetzt von „demokratischen“ Methoden zu faschistischen übergegangen ist, unterstützen alle bürgerlichen Gruppen und Parteien — jede auf ihre Weise — die faschistische Diktatur.

Die Arbeiterschaft kann und darf keinen Augenblick im Zweifel sein, daß die Sondergerichte ein Schlag gegen das Proletariat, eine neue Aktion der faschistischen Diktatur Schleichers und Papens, die Erfüllung einer Forderung der Hitlerpartei sind.

„Wir fordern Standrecht!“ — rief der nationalsozialistische „Angriff“ am 9. August. Am gleichen Tage erklärte Hitlers „Völkischer Beobachter“:

„Völker mit noch ungebrochenen Abwehrinstinkten haben heute vorgebeugt, um sich gegen die Fäulnisregger zur Wehr

zu setzen. Jugoslawien hat die kommunistische Partei verboten. Ebenso Ungarn. Kürzlich langten in Budapest zwei Häte-Republikaner an. Man ... verurteilte sie zum Tode und hängte sie ... Volkserziehung und Standrecht wird Deutschland immun machen gegen zerfetzendes Gift.“

Den Wünschen der Hitlerpartei soll durch die Bourgeoisie entsprochen werden. Im faschistischen Ungarn wird die Todesstrafe gegen Antifaschisten durch Hängen vollzogen, im faschistischen Deutschland, wenn die Verordnungen erlassen werden, durch Erschießen.

Die Richter der Standgerichte sind dieselben, die seit Jahr und Tag die mildesten Urteile gegenüber Nazis und die ungeheuersten Zuchthausurteile gegen Antifaschisten gefällt haben. Die Verordnung wird überdies, wie berichtet wird, besagen, daß die Sondergerichte „Gerichte der Länder“ sind, und daß für Gnadenakte die Landesregierungen zuständig sind. Für die Urteile in Braunschweig wird Nazi-Klagges zuständig sein; in Anhalt, Oldenburg und Mecklenburg die anderen Naziminister. In Preußen wird Papen, der mit Hitler Koalitionsverhandlungen führt, und Bracht, der am 8. August gemeinsam mit dem Nazi-Landtagspräsidenten Kerl an der Feier der Vereinigung der Polizeioffiziere Reden hielt, für Gnadenakte zuständig sein.

Schon veröffentlicht die der Reichsregierung zugehörige „M.Z.“ (vom 9. August) in dem Augenblick, in dem die SA. feibarmarschmäßig ausgerüstet zusammengezogen wird, in dem solche Konzentrationen (speziell auch aus Schlesien) gemeldet werden, in dem in Schlesien Tag für Tag die Nazis Bombenattentate und Revolveranschläge auf Antifaschisten verüben — eine groß aufgemachte „Meldung“, daß nach gewissen im preußischen Innenministerium eingelaufenen Nachrichten aus Gleiwitz dort „Bürgerkriegsvorbereitungen der Kommunisten in Form von Befestigungsanlagen (!!) beobachtet worden sein“ sollen.

In Berlin wurden gestern in den späten Abendstunden Durchsuchungen kommunistischer Verkehrslökre durchgeführt und 30 Arbeiter verhaftet.

In Hamburg hat in der gleichen Linie heute früh der SPD.-Polizeipräsident eine riesige Polizeirazzia veranstaltet, in der das von antifaschistischen Arbeitern stark bewohnte Gängerviertel „nach strategischen Gesichtspunkten aufgeteilt, alle Zugänge zu den Gängen abgeriegelt und jeder Keller, jeder Hof, jede Wohnung durchsucht wurde“. Alle diese Tatsachen zeigen jedem Arbeiter, daß sich die

neuen faschistischen Maßnahmen der Papen-Schleicher-Diktatur nur gegen die antifaschistische Bewegung, gegen die Proletariat richten.

Die Zusammenziehung der SA. auf Anweisung Hitlers und ihre Marschpläne, die Einsetzung der faschistischen Sondergerichte durch die Schleicher-Papen-Regierung und die Koalitionsbesprechungen bedeuten den höchsten Alarm für alle Arbeiter.

Das bankrotte kapitalistische System greift zu verschärften Gewaltmaßnahmen. Die Standgerichte bedrohen die Arbeiter mit Todesurteilen. Die SA.-Banden Hitlers wollen im Interesse des kapitalistischen Systems und der Verfallener Sklaverei neue Arbeitsentate auf Antifaschisten verüben. Das Zentrum, das sich vor den Wahlen antifaschistisch markierte, ist bereit, mit den Nazis eine Koalition zu schließen, begrüßt die Sondergerichte und erweist sich so in den Augen der christlichen Arbeiter erneut als ihr Feind; das Zentrum offenbart sich wieder deutlich als eine Partei des Faschismus, des kapitalistischen Ausbeuterregimes.

Die Sozialdemokratie setzt ihre arbeiterverräterische Politik des „kleineren Übels“ fort; vor einem halben Jahr war Brüning das „kleinere Übel“ gegenüber Schleicher; jetzt ist es Schleicher gegenüber Hitler und vielleicht gar schon Hitler gegenüber Straßer oder Goebbels. Wie heute die Schleicher-Papen-Regierung ihre Verordnung über Sondergerichte und Todesurteile auf Grund der Brüning-Verordnung über Sondergerichte vom 6. Oktober 1931 erläßt, so kann Hitler die Sondergerichte — von denen der „Vorwärts“ die „Frage“ stellt, „wem“ sie gelten — für ein noch fürchterlicheres Blutregiment in Deutschland übernehmen.

Das Gebot der Situation ist die Entfaltung der wirklichen Kräfte der Arbeiterklasse, vor allem in den Betrieben, sowie auch auf den Stempelstellen und in den Arbeitervierteln. Je wichtiger und gewaltiger der antifaschistische Massenkampf der Arbeiter ist, desto mehr wird die faschistische Diktatur geschwächt, desto größer werden die Differenzen zwischen den faschistischen Gruppen, desto nachhaltiger drängt das Proletariat den Faschismus zurück, um ihn und das kapitalistische System endgültig zu schlagen. Die Arbeiterschaft kämpft gegen den Wortterror der Hitlerpartei und zugleich gegen die Standgerichte und die drohenden Todesurteile über Antifaschisten.

Seite an Seite müssen jetzt alle Arbeiter, kommunisten, sozialdemokratische, christliche und parteilose Proletariat gegen Hunger und Faschismus kämpfen!

Die Antifaschistische Aktion hinein in die Betriebe! Von den Betrieben aus bedient sich die Arbeiterschaft ihrer machtvollsten Waffe, des Streiks!

Antifaschistischer Proteststurm in allen Orten des Reiches, roter Massenelbstschub, zehnfach verstärkte Antifaschistische Aktion!

Generalstreik der Bergarbeiter in Belgien

Die Opposition an der Spitze der kämpfenden Massen — In Belgien streiken alle Bergarbeiter

9. August 1932. — Angesichts der unerschütterten Streikfront, der unter oppositioneller Führung kämpfenden belgischen Bergarbeiter, sah sich die reformistische Bürokratie gezwungen, am Sonnabend und Sonntag einen außerordentlichen Kongress im Volkshaus von Brüssel einzuberufen. Den Vorsitz hatte der berüchtigte Bürokrat Lombard. Ferner nahmen an dem Kongress teil: Vandervelde, de Broedere, und andere reformistische Führer. Die Delegierten vom Zentrum, von Borinage, Charleroi, Limbourg und Liege, berichteten übereinstimmend, daß die Bergarbeiter nicht daran denken, die Arbeit wieder aufzunehmen. Gleich am ersten Tage nahmen zahlreiche Delegierte das Wort und zum größten Unbehagen der reformistischen Bürokratie brachten sie durchweg ihren unerschütterlichen Willen zum Weiterstreiken bis zum Siege zum Ausdruck.

Die meisten Redner forderten fürmlich die Auslösung des Generalstreiks der Bergarbeiter und die Verbreiterung des Streiks auf die übrigen Industriezweige, insbesondere der Metallindustrie und des Verkehrs.

Die reformistischen Führer traten gegen diese Forderungen der Bergarbeiterdelegierten auf und die bürgerliche Zeitung „Le Soir“ schrieb schon frohlockend in ihrem Bericht: „Dieser Vorschlag scheint nicht die Zustimmung der Mehrheit des Kongresses zu finden.“ Trotz der heftigen Versuche der reformistischen Führer, einen

Generalstreikbeschluss zu verhindern, wurde aber bereits Sonntagmorgen einstimmig vom Kongress die Auslösung des Generalstreiks in gesamten belgischen Bergbau beschlossen. Dagegen stimmten nur vier reformistische Bürokraten.

Überall nimmt die Streikaktivität zu. Seit drei Tagen sind im Limburger Gebiet Teilstreiks ausgebrochen. Überall wird energisch auf Streikbrecher Jagd gemacht. Weitere Verhandlungen von streikenden Bergarbeitern und Kommunisten wurden vorgenommen. Heute fanden im Lütticher Gebiet große Streikdemonstrationen statt, so in Seraing, Tilleur und Herstal. In der letztgenannten Stadt fand auch eine große Versammlung vor den Toren der Nationalen Waffenfabriken statt, in der die dort beschäftigten Arbeiter zur Solidarität mit den streikenden Bergarbeitern aufgerufen wurden.

Höchste Solidarität der deutschen Arbeiter ist das Gebot der Stunde. Jeder Arbeiter gibt am Sonntag einen Beitrag für die belgischen Kumpels. Duldet nicht, daß auch nur eine Tonne Kohle nach Belgien geht! Die in den Betrieben gewählten Einheitsausschüsse müssen es als eine ihrer vornehmsten Aufgaben betrachten, die Kohlenlieferungen zu kontrollieren, um durch den Kampf der Arbeiter jede Kohlenlieferung nach Belgien zu unterbinden. Waldburger und Oberösterreichische Kumpel, unterstützt den Streik eurer belgischen Kameraden! Uebst höchste Solidarität! Organisiert den Kampf um eure Forderungen!



Das ist gut,

was durch hohe Qualität allgemeine Begeisterung auslöst.

Der Raucher von Bulgaria Sport weiß sich in Gesellschaft von Millionen.

Alles Kenner, die mit der Wahl ihrer Zigarette bestimmt nicht fehlgegriffen haben.

Bulgaria Sport, die 3 1/3 der Bulgaria mit 6 Zigaretten mit Gold 20 Rtg.

RUND UM DEN ERDBALL



Polizeiposten mit Karabiner

In der Wilhelmstraße in Berlin zogen die Polizei-Doppelposten mit umgehängtem Karabiner auf.

Interessante archäologische Funde

Wohnstätten, die 30 000 Jahre alt sind

Moskau, 8. August. Das staatliche historische Museum entsandte eine archäologische Expedition unter Leitung des Professors Gorodzew zur Erforschung des sogenannten Timonovsker Wohnlagers, das der paläolithischen Zeit (vor 20 000 bis 30 000 Jahren) entstammt. Das Lager wurde vor einigen Jahren durch sowjetrussische Gelehrte entdeckt. Es befindet sich in der Nähe der Stadt Tschernomorsk.

Die Expedition soll die Wohnstätten des vorgeschichtlichen Menschen näher untersuchen und eine genaue Beschreibung seiner Wohnung erbringen. Ein Teil der Funde ist bereits registriert und im historischen Museum untergebracht.

Außerdem entsandte das Museum eine zweite Expedition zum Studium einer Gießerei aus der Bronzezeit, die in der Nähe von Petrozavodsk in Karelien gefunden wurde.

Neben diesen Expeditionen führt das Museum Ausgrabungen der alten Stadt Nowgorod durch, sowie finnische feudaler Städte im Wolow-Gebiet und schließlich im Uralgebiet, wo die dortigen Wohnstätten des Urmenschen erforscht werden.

Neuer Kulturpark in Leningrad

Leningrad, 9. August. Auf der Zelagin-Insel bei Leningrad ist ein neuer Kulturpark eröffnet worden, der als Erholungsstätte und Kulturpark für die Massen der Werktätigen bestimmt ist. Auf der Insel sind zahlreiche neue Anpflanzungen gemacht worden, Bootboots wurden erbaut; usw. Die Zelagin-Insel gehört zu den schönsten Ausflugsorten Leningrads. Auf der Insel befindet sich auch ein ehemaliges kaiserliches Lustschloß, der sogenannte Zelagin-Palast.

★

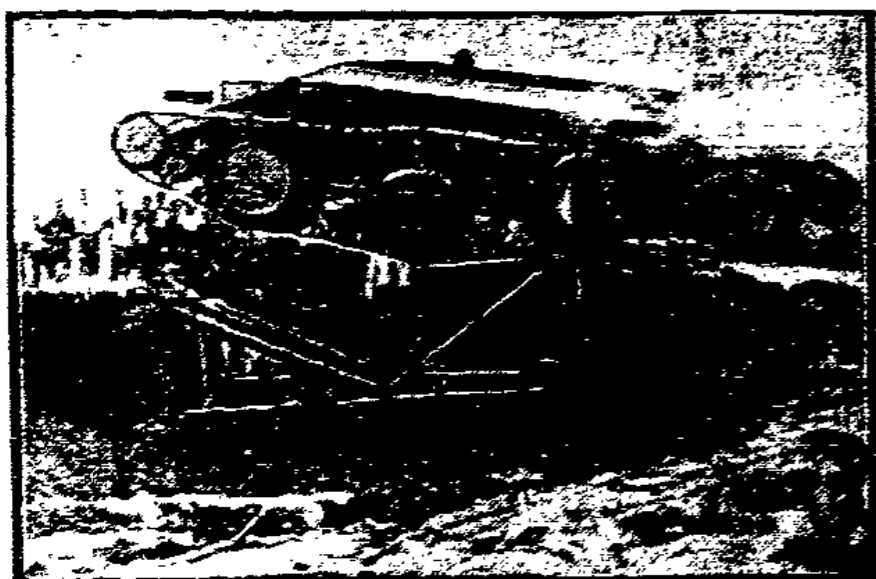
Moskau, 9. August. In 17 Bezirken der kaukasischen Sowjetrepublik Georgien ist es gelungen, das Analphabetentum vollständig zu beseitigen.

Der neue Stratofphärenflug

Zürich, 8. August. Professor Piccard ist für seinen Stratofphärenflug bereit. Der Aufstieg soll aber nicht vor Donnerstag erfolgen, da die Wetterlage noch ungünstig ist. Dienstagmittag findet auf dem Züricher Flugplatz Dübendorf eine Besichtigung der Gondel durch die Presse statt.

Todesfall an spinaler Kinderlähmung in Pommern

Stettin, 8. August. Aus dem Kreise Pyritz wird ein Todesfall an spinaler Kinderlähmung gemeldet. Seit einiger Zeit macht sich auch im Kreise Uckermark wegen einiger Fälle von spinaler Kinderlähmung starke Unruhe bemerkbar. In Pasewalk, wo je ein Kind des Schuldieners und des Rektors erkrankt waren, drängt die Elternschaft auf Schließung der Schule. Die zuständigen Behörden erklären jedoch, daß keine Gefahr bestehe.



Wieder ein neuer Tank

Einen Tank, der nicht nur alle Geländeschwierigkeiten überwinden kann, sondern der auch Sprünge von fünf bis sechs Meter Länge ausführt, haben die Amerikaner konstruiert und ihrer Armee zugeteilt.

„Echt oder falsch — alles egal“

Diplomaten und Fälscher — Der Prozeß gegen den Berjer und seine Komplizen

Berlin, 9. August. Gestern begann vor dem hiesigen Gericht der Prozeß gegen den Berjer Affchar und seinen Komplizen Georg Zelagin. Der Verteidiger Dr. Vaserstein förderte sensationelle Dinge zutage. Er erzählt, daß die japanischen, spanischen und rumänischen Botschaften an die Fälscher folgenden Auftrag gegeben haben:

„Besorgen Sie uns russische Dokumente, echte oder falsche. Wir bezahlen Sie, da wir sie zur Verfolgung der kommunistischen Bewegung benötigen.“

Selbstverständlich ließen sich Affchar und Zelagin das nicht zweimal sagen. Sie verstanden ganz gut, daß das Wort „echte“ hier nur so nebenbei gesagt worden ist. Gewiß, sie hätten nichts gegen echte Dokumente, aber sie wußten ganz gut, daß es solche echten Dokumente, von der Art, wie sie sie gebrauchen können, gar nicht gibt und daß die zwei Fälscher gar nicht in der Lage sind, echte Dokumente zu beschaffen.

Zwischen den Fälschern und den Diplomaten wurde eine Abmachung getroffen, wonach für den Fall einer Entdeckung beiderseits tiefstes Schweigen zu halten wäre. Der Presseattaché der spanischen Botschaft, Rodinto, ließ Affchar beim Kreuz Christi schwören, ihn nicht zu verraten. Zum Beweis unverbrüchlicher Treue und Freundschaft hat Rodinto sich dann von Affchar noch das Kreuz geben lassen, was er am Hals trug.

Die Verteidigung erzählt weiter, daß der Minister der spanischen Botschaft eine gefälschte Urkunde, die Affchar infolge Krankheit nicht herstellen konnte, selbst fertiggestellt hat.

Der japanische Botschafter soll Affchar zu überreden versucht

haben, sich an Sowjetkuriere heranzumachen und wenigstens ein echtes Dokument herauszubekommen. Am bösen Willen Affchars war es nicht gelegen, er hätte es gern getan, aber — es ist ihm nicht gelungen.

Der Prozeß, der so interessant begonnen hat, wurde zwecks Ladung von Zeugen auf kurze Zeit vertagt. Ob aber mit Erfolg ist mehr als fraglich. Denn die Verteidigung hat fast alle ausländischen Diplomaten in Berlin als Zeugen nominiert. Eine besonders hervorragende Rolle weist die Verteidigung den Gelehrten Japans, Spaniens, Rumaniens und Finnlands zu.

Nun greifen bekanntlich die Diplomaten das Recht der Exterritorialität. Es kann nach den bestehenden Gesetzen kein Diplomat gezwungen werden, vor Gericht zu erscheinen, sei es auch nur als Zeuge.

Und nach dem, was man gestern erfahren hat, werden sich die Diplomaten wohl schwer hüten, bei Gericht zu erscheinen. Sie werden ohne Zweifel von dem ihnen zustehenden Recht der Exterritorialität Gebrauch machen. Der Prozeß, der demnach in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden wird, wird daher kaum noch wesentlich neues Material zutage fördern. Jedenfalls aber ist schon das, was man bisher erfahren hat, sehr bezeichnend. Das Nichterscheinen der Diplomaten wird die Aussagen der zwei Fälscher Affchar und Zelagin voll und ganz bestätigen. Es ist jetzt jedem klar, mit welchen Mitteln diese feinen Herren arbeiten. Schon die gestrige Verhandlung hat gezeigt, daß hier nicht Diplomaten zwei Fälschern aufgefressen sind, sondern daß gleiche mit gleichen verhandelt haben, daß die Diplomaten ganz genau darüber informiert waren, welche „echte“ Ware sie in die Hand bekommen.

Bilder von den Bombenanschlägen

In Kiel wurde auf das Warenhaus von Karstadt ein Sprengstoffanschlag verübt. Das Kreuz auf unserem Bild links bezeichnet die Stelle, an der die Bombe explodierte. Durch ein Bombenattentat in der Langestraße, im Arbeiterviertel Braunschweigs, wurden sämtliche Fensterscheiben von zahlreichen Häusern eingedrückt. Unser Bild rechts zeigt Arbeiter beim Instandsetzen der aufgerissenen Straßendecke.



Verheerender Brand

Arbeiterviertel zerstört — 13 Todesopfer

Budapest, 9. August. Nach einer Meldung der „Donau-Post“ aus Bukarest wurde die Stadt Botosani durch einen Feuerbrand zum Teil zerstört. Im Arbeiterviertel der Stadt entstanden aus bisher unbekannter Ursache an mehreren Stellen gleichzeitig Brände. Das Feuer griff mit rascher Schnelligkeit um sich.

Eine halbe Stunde später standen 24 Straßenzüge in Flammen. In der allgemeinen Aufregung dachten viele Einwohner nur an ihre eigene Rettung und ließen vielfach Angehörige im Stich. Bisher sind 13 Todesopfer festgestellt worden, darunter mehrere Kinder. Bei den Löscharbeiten explodierte in einem Fabrikhof ein Faß Benzol. Der Feuerwehrexkommandant und drei Feuerwehrleute wurden erheblich verletzt. Ein Feuerwehrmann stürzte aus dem zweiten Stock des Fabrikgebäudes auf den Hof. Er wurde getötet. Nur ein plötzlich einsetzender heftiger Regen schauer rettete die ganze Stadt vor der Vernichtung.

Orkan über dem unteren Donaugebiet

Budapest, 9. August. Nach einer Meldung der „Donau-Post“ aus Bukarest wütete am unteren Donauabschnitt sowohl auf rumänischem wie auf bulgarischem Gebiet ein fürchterlicher Orkan. Baumriesen wurden enturzelt und bis zu hundert Meter Entfernung fortgeschleudert. Viele tausend Menschen sind obdachlos geworden. Infolge Blitzschlages gerieten zahlreiche Häuser in Brand. Mehrere Personen wurden getötet. Der Schaden wird auf 20 Millionen Lei geschätzt.

Sechs Personen getötet

Madrid, 9. August. In der Nähe von Salamanca stürzte ein mit 26 Personen besetzter Autobus einen 30 Meter hohen Abhang hinunter. Dabei wurden fünf Mädchen und ein Mann auf der Stelle getötet, sechs weitere Reisende lebensgefährlich verletzt. Die übrigen Insassen erlitten mehr oder weniger schwere Verletzungen.

Drei Tote auf der Zeche Kaiserstuhl in Dortmund

Dortmund, 9. August. Wie das Bergrevier Dortmund mitteilt, wurden im unterirdischen Grubenbetrieb der Zeche Kaiserstuhl II drei Bergleute durch Zubruchgehen eines Kohlenpfeilers verschüttet. Die sofort auf-

genommenen Rettungsarbeiten gestalteten sich wegen Nachfalls sehr schwierig. Die Verschütteten konnten erst nach längerer Zeit geborgen werden. Alle drei haben den Tod gefunden. Die Verschütteten waren verheiratet und hinterlassen Familie.

Riesenwaldbrände in Griechenland

Athen, 9. August. Im Peloponnes bei Patras wüten seit mehreren Tagen riesige Waldbrände. Einige Dörfer mußten bereits geräumt werden, viele andere sind stark gefährdet. Die Zugverbinding ist unterbrochen. Die Waldbrände haben mehrere Todesopfer gefordert. Militär ist zur Hilfeleistung in das Brandgebiet entsandt worden.

Der Tod am Haartrockenapparat

Berlin, 9. August. Das Schöffengericht Charlottenburg beschäftigte sich am Montag mit der Feststellung der Verantwortlichkeit an dem tragischen Tod der Friseurangestellten Gerda Prieß, die am 30. Mai d. J. während der Bedienung einer Kundin bei Anwendung eines Trocken-Haartrockenapparates ums Leben kam. Der Tod ist durch eine Verletzung durch elektrischen Strom eingetreten. Dem Inhaber des Friseurgeschäftes, in dem das bedauerliche Unglück passierte, dem Friseur Kurt Müller, wird vorgeworfen, die erforderliche Aufmerksamkeit außer acht gelassen zu haben. Die Sachverständigen, die insbesondere die mangelhafte Sicherheit des im Jahre 1927 hergestellten Apparates bemängelten, erklärten, daß der Apparat inzwischen aber mit technischen Verbesserungen ausgestattet worden ist, die Unglücksfälle ausschließen. Das Gericht kam zu einer Freisprechung des Angeklagten auf Kosten der Staatskasse, nachdem auch der Staatsanwalt die Fahrlässigkeit verneint und auf Freisprechung plädiert hatte.

Kraftwagen mit Hochzeitsgesellschaft umgekippt

Berlin, 8. August. Am Montag ereignete sich im Osten Berlins ein schwerer Unglücksfall. Ein mit einer Hochzeitsgesellschaft besetzter Kraftwagen geriet beim Ueberholen eines Radfahrers ins Schleudern und kippte um. Hierdurch erlitten sechs Personen schwere Verletzungen, daß sie in ein Krankenhaus übergeführt werden mußten.

Proletarische Einheit am Grabe des Genossen Gustav Busch

Das antifaschistische Breslau gibt dem Gemeindefunk das letzte Geleit — Antifaschisten, KPD-, SAP- und SPD-Arbeiter halten die Totenwache

Breslau. Gestern vormittag um 11 Uhr fand unter gewaltiger Beteiligung der antifaschistischen Bevölkerung Breslaus die Einäscherung des am Wahlsonntag von den braunen Mordbanditen tödlich verwundeten und inzwischen verstorbenen Genossen Gustav Busch statt.

Schon seit 9 Uhr vormittags sammelten sich die revolutionären Arbeiter und bewegten sich mit ihren roten Fahnen mit dem Trauerkranz nach dem Gräbchener Friedhof, wo im Krematorium die Einäscherung stattfand.

Aus allen Stadtteilen und den verschiedensten proletarischen Organisationen waren die Delegierten mit ihren Kränzen mit großen roten Schleifen erschienen.

zahlreiche sozialdemokratische Arbeiter, Arbeiterinnen, Arbeiter der SAP und Frauen der genannten Organisationen

erschienen. Der gestrige Tag zeigte, daß der faschistische Mord an unserem Genossen Busch und die vielen Ueberfälle und Attentate auf Antifaschisten, proletarische Organisationen und deren Eigentum der antifaschistischen Bewegung einen ungeheuren Antrieb gegeben haben.

Biele Tausende auf dem Gräbchener Friedhof

Nachdem die Halle des Krematoriums bis auf den letzten Platz gefüllt und der weite Platz vor dem Krematorium und die einzelnen Wege im Friedhof von einer auf viele Tausende zählenden antifaschistischen Menge angefüllt waren, wurde die schlichte Totenfeier mit dem Orgellied „Unzählige Opfer, ihr sanft dahin“ begonnen.

Der Vertreter der Bezirksleitung der KPD, hinweisend auf die unermüdete Arbeit und den Kampfesmut des Ermordeten, hält er eine wichtige Anklagerede. Vor sechs Jahren trugen die revolutionären Arbeiter Breslaus seinen Bruder, den Kampfgenossten Erich Kaiser als Opfer des Klassenkampfes und des Polizeiterrorismus in dieselbe Halle.

Nicht Weimarer Republik, sondern Räterepublik!

Auf Grund der neuesten Verordnung des Reichspräsidenten zur „Eicherung des inneren Friedens“ ist der „Burgfrieden“ bis zum 31. August verlängert worden, mit Ausnahme für den Verfassungstag.

Nazi-Provokationen und Ueberfälle

Als gestern die antifaschistischen Massen von der Beerdigung des Genossen Busch in ihre Stadtteile zurückmarschierten, provozierten in der Döbnerstraße circa 10 Faschisten einen Trupp Arbeiter.

unbeirrbar den Weg des Kampfes um den Sozialismus fortsetzt, bis die Herrschaft der Schaffenden errichtet und es keinen Mordterror mehr gibt.

Nach ihm sprachen die Vertreter der proletarischen Organisationen, wie des Kampfbundes, des Stadtteils Ost, der SAP, der SPD, Stadtteil Ost, ein Arbeiter der Britzfabrik, ein Vertreter der Tschanscher Arbeiterschaft, des Anglervereins, und alle, die ihn im Leben als aufrechten Klassenbewußten Kameraden in ihren Organisationen kennen gelernt und mit ihm gekämpft hatten.

Während in der Halle des Krematoriums die einzelnen Redner sprachen, sprach vor dem Krematorium der Vertreter der Bezirksleitung der KPD zu den vielen tausenden Antifaschisten.

und Mordanschläge auf Arbeiter und zeigte die Schuldigen, die in der Hitlerpartei sitzen. Ein dreifaches braunes „Rot Kreuz“ erscholl zu dem gemeindefunkten Klassenbrüder hinein.

Nachdem in der Halle der letzte Redner geredet und die Antifaschisten mit geballten Fäusten ihr letztes „Rot Kreuz“ dem Toten entgegengebracht, senkten sich die roten Fahnen, und mit dem Orgellied „Wanderer, zur Sonne, zur Freiheit“ und der „Internationale“ nahmen sie alle von ihrem Kampf- und Klassen-genossen Abschied.

Dann marschierten die antifaschistischen Massen, die in einheitlicher Kampfesfront aufmarschiert waren, mit dem Schwur, alle Kräfte anzuwenden, die rote Einheitsfront zu schmieden und die Antifaschistische Aktion vorwärts zu treiben, in ihre Stadtteile zurück.

Antifaschisten, höchste Alarmbereitschaft!

Die feigen faschistischen Mordheer um Heines und Co., die in ihrer Zeitung täglich zu neuen Mordtaten ihre SA- und SS-Leute auffordern, haben dies gestern erneut getan, indem sie wieder über die revolutionären Arbeiter schrieben:

„Jedenfalls liegt es im Interesse der öffentlichen Sicherheit, wenn das Ungeziefer aus seinen beiden Nestern, aus dem SA-Heim, Hirschstraße und dem nicht minder bedenklichen Heim der Kommune in der Gastwirtschaft von Hirsch, nicht weit davon endlich gründlich ausgeräuchert würde.“

Das ist der Ton, mit dem der Fememörder Heines und seine Trabanten, seine Leute zum Mord an revolutionäre Arbeiter aufputscht. Gleichzeitig haben die „Führer“ des Braunen Hauses für heute Nachmittag eine Anweisung an alle SA-Leute ergehen lassen, zu einem allgemeinen „Spaziergang durch die Stadt“.

Wir fordern die gesamte Breslauer antifaschistische Bevölkerung auf, in höchster Alarmbereitschaft zu stehen. Ergreift sofort alle notwendigen Maßnahmen in den Betrieben, an den Stempelstellen, in den Arbeitervierteln zur beschleunigten Organisation des Massenwiderstandes, zur schnellsten Nachrichtenübermittlung. Seid bereit gegen jeden Angriff der braunen Mordbanden, sofort in den politischen Massenstreik zu treten.

Breslau bekommt ein „Nazi“-Operntheater

M. Die als Konkurrenz gegen die „Volksbühne“ von den Nazis aufgelegte „Deutsche Bühne“ hat es der Intendanz der Vereinigten Theater gegenüber abgelehnt, ihre Mitglieder auch an Vorstellungen im „Thalia-Theater“ teilnehmen zu lassen, weil das Theater auf der Schwertstraße angeblich „ein verjudeter Zirkus“ ist.

Die „Volksbühne“ sollte alles daran setzen, um der geplanten Fakenkreuz-Simpelei einen Spielplan gegenüberzustellen, der dem aktiven Willen der fortschrittlich gerichteten Arbeiterklasse entspricht.

Rote Rundfunk-Randnotizen

Donnerstag, 12 Uhr, ein historisches Ereignis: die monarchistischen Barone von Gayl und von Bapen sprechen bei der republikanischen Verfassungsfeier. Wir lauschen mit verärgertem Interesse.

Freitag, 17.30. In knapp 20 Minuten will Dr. Kramer über die Gegenwartsliteratur sämtlicher romanischer Völker informieren. Was soll dabei herauskommen! — Um 18.30 spricht schon wieder ein Pastor, Herr Seibert. — Den „Miß in die Zeit“ hält um 19.30 der nationalsozialistische Prof. Kaehler, er blüht allerdings mehr aus der Zeit, als in die Zeit.

ROB REISE OHNE BARGELD MIT DEM REISEKREDITBRIEF DER SPARKASSEN Städt. Sparkasse zu Breslau

Das Attentat auf Dr. Eckstein

Die T.M. meldet: Die Ermittlungen zu dem Attentat auf Dr. Eckstein sind eifrig fortgesetzt worden. Es werden noch Zeugen benötigt, die in der Nacht zum Sonnabend, in der Zeit von etwa 11-1 Uhr am Nachtigallenweg einen kleinen Kraftwagen älterer Bauart haben stehen sehen und der dann den Weisweg, die Hindenburgstraße und die Friedrich-Ebert-Straße entlang fuhr.

Unterstützungszahlung und Bereitschaftsdienst im Arbeitsamt

Breslau anlässlich des Verfassungstages am 11. August 1932:

Das Arbeitsamt teilt uns mit: Das Arbeitsamt Breslau bleibt am 11. August 1932 (Verfassungstag) für den allgemeinen Geschäftsverkehr geschlossen. Die Meldedienste der Arbeitsämter fällt an diesem Tage aus.

Weitere gute Fortschritte auf dem Lande

Der Kampfbund von Nordost, der allmonatlich eine Reihe von Ortskassen zur Agitation und Propaganda aufstellt und dabei den Zeitungsverkauf auf dem Lande von 10 bis 100 gesteigert hat, hat durch seine unermüdete sáhe Arbeit auch gute Wahlresultate zu erzielen vermocht.

Antifaschistische Aktion hinein in die Betriebe!

Schau. Die beabsichtigten Maßnahmen des Unternehmers Sobolew aus der Walthausen haben veranlaßt, daß auch der Frau Direktor Hohenstein aus der Döbner Fabrikfabrik der nammt gleichwohl in. Nachdem der Nebenbetrieb, die Walthausenfabrik, einige Zeit stillgelegen hat, sollte es nun zu Neuentwicklungen kommen.

Betriebsarbeiter! Nur eine geschlossene Einheitsfront und die Antifaschistische Aktion kann euch vor dem beabsichtigten Verfall der braunen Fäden retten. Die nächste und unmittelbare Etappe in der Entfaltung der Antifaschistischen Aktion ist die Vorbereitung und Durchführung der Antifaschistischen Massenwoche vom 11. bis 21. August.

Kauft bei Blasse, Blasse ist billig, Graupenstraße 6/10

Zentrum

Hut-Schurz-Hüte
Man kauft nur Hut-Schurz-Hüte
Schmiedebrücke 17/18, Schweißnitzer Str. 28

Albert Gutsche, Reuschestr. 32/33
bekannt als leistungsfähig in Leder- und Schuhbedarfsartikeln

Kauft Schuhe nur von NATHAN
GRAUPENSTR. 2-4, en gros - en détail

Sellen-Vertrieb
Der schlichte Laden Wäsche, Baumwollwaren

Milch- u. Molkereiprodukte
Dampfmolkerei Scheloske & Sohn, Breslau-Kl.-Tschansch

Bemünnliches Pfandleihhaus
der Stadt Breslau, G. m. b. H.

Schlesische Mühlenwerke
Aktiengesellschaft Breslau
Hervorragende gute Weizen- und Roggenmehle

Schuhe Schuhvogel
Friedrich-Walke, Ursulinerstr. 19/20

Fleisch-Zentralen
Verkaufsstelle I: Messergasse 25

Lebensmittelhaus
Alfred Koller, Narrosgasse 4/5

D. Sobmann
Reuschestraße 60/61

Stoff-Schufftan
Herren- und Damen-Stoffe

Engroslager Max Cohn & Co.
Antonienstraße 2

Wäscherei Schneewittchen
Pillatier Grünliche, Bachmannstraße 16a

HUT-ROSENTHAL
Blücherplatz 5

Oskar Garn
Ring, am Rathaus 10

Reserviert 39

Händler und Hausierer!
Großes Lager in Kleiderstoffen

Georg Nathan, Graupenstr. 2 4

Jeder Arbeiter kauft am besten bei
A. M. Remak, Lederhandlung

West

Kauft beim Inserenten
Kolonialwaren Obst und Gemüse

Bäckerei und Konditorei
Paul Moczko, Leuthenstr. 63

Drogen, Farben, Foto
Franz Gröschel, Leuthenstr. 60

Paul Gebauer
Posener Straße 27

Kolonialwaren, Konserven
Spez. Kaffee (Eigene Rösterei)

Oskar Laque
Kolonialwaren

Bäckerei und Konditorei, G. Rappelt
Gandauer Str. 17 - 9 Proz. Rabatt

Vogellutter nur bei Ritter
Friedr.-Wilh.-Str. 53, Ecke Friedr.-Karl-Str.

Schmelz ist und bleibt billig!
Friedrich-Wilhelm-Straße 25

Richard Polke, Anderssenstraße 16

Kolonialwaren R. & J. Lux
Anderssenstraße 2

Farben und Cade / Malerhaus
Weißend- Cade Anderssenstr.

Lebensmittelhaus Heinrich & Co.
Frankfurter Straße 154

Tischlerarbeiten
führt sauber und preiswert aus

Molkereiprodukte
Eier, Butter, Margarine

R. Miska, Redigerstr. 6/8
Selter- und Limonadenfabrik

Arbeiter, wohin?
gemütlichen Art Korle'

Kaschube & Döring GmbH
Oderstraße 30

Arztstoffe kaufen Sie billigst und gut bei
Altman & Schwasser

Drogen, Farben, Foto
Matthias / Gartenstr. 10

Damenhüte D. Marcus
Oartenstraße 66/70

Werktätige, kauft Radio nur bei
RADIO - Ritterplatz

Paul Peschke, Messergasse 1
Lebensmittel- und Kohlenhandlung

Damenhüte Marco-Hüte
Ring 22

Herrenartikel Hecht
7139 Ohlauer Str. 76/77

Radlobastler und Sportler
Sport u. Funk

Gelegenheitskauf
3 teil. Kleiderschrank, mit Wäscher

Fleischerei und Würstwaren
Albert Walke, Ursulinerstr. 19/20

MARGARINE
CARL JOS. KESSLER, INH. O. KLEIN

Hnilitschka - Tapeten
Ursuliner Straße 7a

Schuh-Heinz
Blücherplatz 4

Photo-Bazar Lüttgens
Atelier Klosterstraße 20

Möbel-Tischlerei Oskar Fröhlich
Vorwerkstr. 37

Elektro-Wäscherei
Odertor

Milch- u. Molkereiprodukte
bei M. Schneider, Sandstraße 18

Schuhbesohlung Curt Thamm
Münzstr. 3

Man kauft Möbel preiswert
Möbelhaus

B. Polke Schokoladen / Kakao / Zuckerwarenfabrik

Richard Karsunky & Co.
Möbel

Arbeitsbekleidung Sortimentslager Norden

Max Fichte
Bäcker und Konditorei

Butter-Zentrale
Matthiasstraße 102

Fleischerei und Würstfabrik
Walter Jonack

Paul Herrmann
Bäcker u. Konditorei

St. Vincenz-Drogerie
Rosenthaler Straße 43

Fritz Müller, Mühlen-Niederlage
Spezialität: Mehl, Vogelfutter, Sämereien

Karl Hättasch
Schuhbesohler

Paul Jilke, Piastenstr. 1
Fleischerei und Würstfabrik

Kolonialwaren, Spirituosen
Wilhelm Kupczyk

Fisch Aberle
Matthias Str. 159

Fleischerei und Würstfabrik
Paul Berndt

Bäckerei und Konditorei
Margot Gretschel

Drogen, Farben, Lacke
bei Rudolf Heckert

Edmund Prasse, Kohlenhandlung
Trebniitzer Straße 29

Bäckerei und Konditorei
Georg Heyduck

W. Zembrod
Waterloostraße 11

Emma Schmalisch, Weinstr. 10
Lebensmittelgeschäft

Feine Fleisch- u. Würstwaren
bei Otto Schmidt

Hedwig Depta
Fischwaren, Gneisenaustri. 8

Kolonialwaren - Spirituosen
Heinrich Titze

Fischgeschäft
F. Köhler

Drogerie „Zum Großen Kurfürsten“
Richard Elson

Paul Kusche
Kolonialwaren / Feinkost

Dampfwäscherei und Feinplätterei
ALBA

Albert Stosch
Kolonialwaren

Roos-Drogerie
Foto-Handlung / Farben und Lacke

Grabdenkmäler, Urnen
Josef Vogel

Foto / Farben / Lacke
Drogerie Walter Bienas

Trinkt Bürgerliche-Brauhaus-Biere
Breslau

Gastwirtschaft Langes Holz
angenehmes Familienlokal

Brauerei - Aussdank
„Zur goldenen Marie“

Hüte - Mützen, Herren-Artikel
Felix Eckerl

Cade, Farben, Binzel
W. Andrich

Paul Scholz
Kolonialwaren

W. Kranz
Lederhandlung

Max Höse
Fischhaus

Sämereien - Gartenbedarfsartikel
Gerhard Guhr

Kolonialwaren, Spirituosen, Zigarren
Karl Kirchner

Kolonialwaren
Max Naewe

Bach & Blachmann
Herzdainstraße 44

Gesellschaftshaus „Jägerhof“
Gräbchener Straße 181/183

Trinkt Nitschke-Crem
46816

Brot- und Feinbackwaren
Emil Menzel

Bäckerei und Konditorei, G. Rappelt
Gandauer Str. 17 - 9 Proz. Rabatt

Vogellutter nur bei Ritter
Friedr.-Wilh.-Str. 53, Ecke Friedr.-Karl-Str.

Schmelz ist und bleibt billig!
Friedrich-Wilhelm-Straße 25

Richard Polke, Anderssenstraße 16

Kolonialwaren R. & J. Lux
Anderssenstraße 2

Farben und Cade / Malerhaus
Weißend- Cade Anderssenstr.

Lebensmittelhaus Heinrich & Co.
Frankfurter Straße 154

Tischlerarbeiten
führt sauber und preiswert aus

Molkereiprodukte
Eier, Butter, Margarine

R. Miska, Redigerstr. 6/8
Selter- und Limonadenfabrik

Arbeiter, wohin?
gemütlichen Art Korle'

Emil Menzel, Schwenkfeldstr. 31